

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz

(60. - öffentliche - Sitzung am 30. November 2015)

Beratungsthemen:

1. **Verhandlungen mit Eckert & Ziegler direkt, transparent und jetzt führen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/3708](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung zu dem Antrag unterrichten und führte darüber eine Aussprache. Er bereitete anschließend eine Anhörung vor. Die Koalitionsfraktionen kündigten eine eigene parlamentarische Initiative zu diesem Thema an.

2. **Rohstoffgewinnung ist sinnvoller als der „Salzpipelinebau“ zur Nordsee**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1749](#)

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt, um die Verfügbarkeit weiterer Informationen zu diesem Thema abzuwarten.

3. **Biokunststoffe unterstützen - Sicherung von nachhaltigen Werkstoffen für die Zukunft**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/2152](#)

Die Koalitionsfraktionen stellten im Zuge der Fortsetzung der Beratung den von ihnen eingebrachten Änderungsvorschlag in Vorlage 1 vor. Die antragstellende Fraktion stellte in Aussicht, diesen mit Ergänzungen mitzutragen. Auf dieser Grundlage soll die Beratung des Antrags in der Sitzung am 7. Dezember 2015 fortgesetzt werden.

4. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Fangaktion zur Besenderung der Wölfe im Munsteraner Rudel**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

5. a) **Für den Tierschutz und die Existenzfähigkeit der betroffenen Schäfer - Goldenstedter Wolf umgehend entnehmen**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4519](#)

b) **Weidetierhaltung in Niedersachsen retten - Nutztierhalter für Wolfsrisse besser entschädigen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/4652](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung der Anträge unter Einbeziehung der Unterrichtung unter TOP 4 auf. Die Anträge der beiden antragstellenden Fraktionen, die Beratung auf dieser Grundlage bereits abzuschließen und über eine Beschlussempfehlung abzustimmen, wurde mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt. Sodann bat der Ausschuss den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung gemäß § 28 Abs. 4 i. V. m. § 39 Abs. 2 Satz 3 GO LT um eine Stellungnahme zu den ihn betreffenden Aspekten, insbesondere zum Tierschutz und zur Weidetierhaltung. Der Ausschuss bat den Agrarausschuss zudem, ihn an der für den 10. Februar 2016 vorgesehenen Anhörung zu dem Gesetzentwurf in [Drs. 17/2883](#) sowie den Anträgen in [Drs. 17/3709](#) und 17/4256 (vgl. Kurzbericht über die 44. Sitzung des Agrarausschusses am 18. November 2015) als Zuhörer zu beteiligen. Diese Verfahrensvorschläge wurden einstimmig - bei Enthaltung der Fraktion der FDP und der meisten Mitglieder der Fraktionen der CDU - angenommen.

6. **Für eine zukunftsfähige Energiepolitik**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/4183](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Antrag entgegen und führte darüber eine Aussprache.

7. **Die Energie im Abwasser nutzen und damit die Wärmewende unterstützen**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4324](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu dem Thema und kam überein, danach über eine Anhörung zu entscheiden.

8. **Konflikte frühzeitig minimieren - Bibermanagement entwickeln**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/4351](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung zu dem Thema und kam überein, danach über eine Anhörung zu entscheiden.

9. **Speicher sind notwendig für die Energiewende - Betreiber von Energiespeichereinrichtungen von Netzentgelten befreien**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/4352](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu dem Thema und kam überein, danach über eine Zusammenfassung der Beratung mit dem Antrag der CDU-Fraktion in [Drs. 17/4251](#) („Anreizregulierungsverordnung unbürokratisch gestalten und damit die Investitionen in den Verteilnetzausbau stärken“) zu entscheiden.

10. **Für eine praxisgerechte Prüfung von bau- und immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren durch die Ministerien**
Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/4353](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu dem Thema.

11. **Keine Kapazitätserweiterung von Schacht Konrad - stattdessen Überprüfung nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4356](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu dem Thema und kam überein, danach über eine Anhörung zu entscheiden.

12. **Landesregierung muss für Deponiekapazitäten sorgen - Nichtstun ist keine Lösung**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4363](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu dem Thema und kam überein, danach über eine Anhörung zu entscheiden.

13. Hochwasserschutz in Seesen-Rhüden und Seesen-Bornhausen schnell und wirksam verbessern

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4401](#)

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine schriftliche Unterrichtung zu dem Thema.

14. Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Stand der Überlegungen zur Reduzierung von Stickstoffeinträgen und Ammoniakemissionen über den Luftpfad

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

15. Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Absatz 2 Niedersächsische Verfassung; Vorlage von Akten betreffend den Chemiebetrieb in Ritterhude und das Unglück am 09.09.2014

Der Ausschuss fasste den Beschluss über die Vertraulichkeit gemäß § 95 a GO LT der mit Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz vom 9. November 2015 vorgelegten und als vertraulich bezeichneten Unterlagen aus der dritten Tranche.